

Gemeinsame Erklärung 2018 zur Hassrede deklariert

Sehr geehrte Unterstützerin, sehr geehrter Unterstützer,

bislang haben über 160.000 die [„Gemeinsame Erklärung 2018“](#) unterzeichnet.

Auch tausende Facebook-Nutzer hatten dazu aufgerufen, die Erklärung beziehungsweise Petition 2018 zu unterschreiben. Einer, der das tat, wurde dafür kürzlich von Facebook wegen angeblicher [„Hassrede“ für 30 Tage gesperrt und sein Beitrag gelöscht](#), seine Beschwerde wortkarg abgetan. Und das, obwohl er nur unaufgeregt zum Unterzeichnen aufgerufen und den Link zur Petition verbreitet hatte. Es handelt sich um den ersten Fall, in dem Löschrupps im Auftrag von Facebook einen Aufruf für eine Petition unterdrückten, die auf der offiziellen Seite des Bundestages zu finden ist. Damit bestätigt sich der Verdacht, den viele liberale Bürger von Anfang an gegen das verfassungswidrige „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ von Heiko Maas hegten: Es ist darauf angelegt, die politische Willensbildung zu unterdrücken, sofern Sie der Regierung und Ihren Unterstützern nicht in den Kram passt.

Der Betroffene steht für jeden von uns. Er ist willens zu klagen, der Hamburger [Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel](#) vertritt ihn gegen Facebook. Steinhöfel hatte in der Vergangenheit schon in mehreren spektakulären Verfahren Facebook gezwungen, gelöschte Inhalte wieder herzustellen, die nicht gegen Gesetze verstoßen hatten, beziehungsweise strafbare Posts zu löschen, wogegen sich das Netzwerk zuerst sträubte. In diesem Zensurfall ist ein Urteil wegen der Präzedenzwirkung besonders wichtig.

Joachim Steinhöfel hatte in der Vergangenheit Facebook-Löschungsoffer oft pro bono beraten. Um Prozesse zu führen, braucht es allerdings Unterstützung, wenn der Kläger selber nicht genügend Geld aufbringen kann. Der Medienrechtler hat deshalb jetzt die Initiative [„Meinungsfreiheit im Netz“](#) gegründet und ein Spendenkonto für diesen und weitere vergleichbare Zensurfälle eröffnet.



Ja, ich möchte unterstützen!

Wie bitten Sie, diesen notwendigen Schritt gegen diese auch verfassungswidrige Einschränkung der Meinungsfreiheit mit einem kleinen Betrag zu unterstützen. Wir wollen Facebook gemeinsam klarmachen, dass sich die Bürger dieses Landes willkürliche Eingriffe in die Meinungsfreiheit nicht werden bieten lassen! Danke! Wir werden Sie über den Verlauf des Verfahrens unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

Vera Lengsfeld, Henryk M. Broder und Alexander Wendt

[Erklärung 2018](#)

Vera Lengsfeld
c/o VOS Berlin-Brandenburg e.V.
Lessinghaus
Nikolaikirchplatz 5-7
10178 Berlin

Diese E-Mail wurde an m.backerra@t-online.de verschickt.

Sie erhalten keine weiteren E-Mails, außer Sie melden sich explizit für unser News-Update an.

[Eine Abmeldung ist nicht notwendig.](#)